



Der 119. Deutsche Ärztetag hat Beschlüsse zur Novelle der GOÄ, der Preisgestaltung bei neuen Arzneimitteln und gegen ökonomisch orientierte Bonuszahlungen an Ärztinnen und Ärzte gefasst.
Foto: Jochen Rolfes

Intensive Debatten

Der 119. Deutsche Ärztetag hat den 250 Delegierten der Ärztekammern mit seinem umfangreichen, dreitägigen Arbeitsprogramm Ende Mai in Hamburg Disziplin und Konzentration abverlangt. Das spiegelt sich in den Kommentaren der nordrheinischen Vertreter wider, die sich in diesem Jahr an der Delegiertenumfrage des *Rheinischen Ärzteblattes* beteiligt haben (Seiten 18 ff.).

Insgesamt verfügt die Ärztekammer Nordrhein über 28 Sitze im Ärzteparlament auf Bundesebene. Das hat sie einmal mehr genutzt, um die herausragende Bedeutung der Patient-Arzt-Kommunikation für einen gelingenden Behandlungsprozess herauszustellen. In einem gemeinsamen Antrag, den alle nordrheinischen Delegierten in Ärztetag eingebracht haben, heißt es:

„Das hohe Vertrauen, das uns Ärztinnen und Ärzten entgegengebracht wird, ist wesentlich auf die Erfahrung zurückzuführen, dass sich Patientinnen und Patienten ihren Ärztinnen und Ärzten im Gespräch anvertrauen können und mit ihren Sorgen und Anliegen gehört werden.“ Will sagen: Es geht bei dem Thema nicht nur um Gesprächstechnik, sondern vor allem um ärztliche Haltung.

Dass Defizite in der Kommunikation Vertrauen beschädigen können, das gilt auch für die ärztliche Berufspolitik. In den hochkomplexen Prozess einer Novelle der Gebührenordnung für Ärzte fühlte sich ein Teil der Ärzteschaft nicht eingebunden. Selbst der außerordentliche Deutsche Ärztetag zur GOÄ-Reform im Januar hat die Störgefühle nicht beseitigen können, sodass immerhin fast ein Drittel der Delegierten in Hamburg die Abwahl des Präsidenten der Bundesärztekammer auf die Agenda setzen wollte. Die große Mehrheit aber wollte das nicht. Nach intensiven und kontroversen Debatten ist es dem Ärztetag auch bei diesem Thema gelungen, zu breit getragenen Ergebnissen zu kommen (Seiten 12 ff.).

Medial hat der Ärztetag gepunktet mit seiner Forderung, die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel gesetzlich nachzubessern und die Preise

zu begrenzen. Bei jährlichen Therapiekosten pro Patient von 80.000 Euro und mehr vor allem in der Onkologie ist die Frage naheliegend, ob pharmazeutische Unternehmen die Solidargemeinschaft hier unangemessen zur Kasse bitten (Seite 16).

Auch die Kritik des Ärztetages am Asylpaket II haben zahlreiche Medien aufgegriffen. Dass nun als Abschiebungshindernis nur noch lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankungen gelten, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden, lässt sich aus Sicht des Ärztetages nicht mit dem individuellen Anspruch jedes Menschen auf einen Zugang zu medizinischer Versorgung vereinbaren (Seite 15).

Das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt leidet schweren Schaden, wenn der wirtschaftliche Druck in Krankenhaus und Praxis die unabhängige ärztliche Entscheidung unmöglich macht. Deshalb hat sich der Hamburger Ärztetag ein klares Signal gesetzt: vorrangig an ökonomischen Kriterien orientierte Bonuszahlungen an Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus darf es künftig nicht mehr geben. Die Träger müssen entsprechende Klauseln endlich konsequent aus ihren Arbeitsverträgen verbannen, und das gilt für Verträge von leitenden Ärzten ebenso wie für die von nachgeordneten.

Ärztinnen und Ärzte muss es möglich bleiben, nach ihren medizinischen Kriterien und aus ihren ethischen Grundüberzeugungen heraus zu handeln (Seite 17).

Horst Schumacher
Chefredakteur